Deutscher Bundestag

← zurück zu: **SED-Opferbeauftragte**

27.10.2026 | **Parlament**

Grußwort beim Fachtag „Psychosoziale Dimension von SED-Unrecht“ in der Universität Rostock

„Eingesperrt sein und danach.“ So heißt ein Programm von Stephan Krawczyk, dem wunderbaren Liedermacher und Oppositionellen. Heute Abend tritt er hier gemeinsam mit Karl-Heinz Bomberg auf.

Vier Worte, die auf den Punkt bringen, worum es heute geht: Die Haft, die Verfolgung, das endet irgendwann. Aber das Leben danach bleibt davon geprägt. Eine Frau, die rund um die Uhr von der Stasi überwacht wurde, erzählte mir einmal: Sobald jemand länger hinter ihr laufe, wechsle sie die Straßenseite oder gehe gleich nach Hause. Bis heute.

Das Trauma, verfolgt zu werden, sitzt tief – sei es nach politischer Haft, nach Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen, nach Zersetzung. Der lange Schatten der SED-Diktatur – so heißt deshalb mein diesjähriger Jahresbericht an den Bundestag. Vieles darin beruht auf Forschung. Dafür danke ich Ihnen allen:

lieber Bernhard Strauß,
lieber Carsten Spitzer,
liebe Heide Glaesmer,
liebe Anke Dreier-Horning,
lieber Thomas Lindenberger,
liebe Anne Maltusch,
lieber Karl-Heinz-Bomberg,
lieber Ekkehardt Kumbier,
liebe weitere Forscherinnen und Forscher.
Die Universitätsmedizin Rostock war ein wichtiger Partner im Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“, geleitet von Bernhard Strauß von der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Lieber Herr Prof. Dr. Spitzer,
Ihr Schwerpunkt in diesem Verbundprojekt waren die Langzeitfolgen des DDR-Zwangsdopings. Ein Thema, an dem ich politisch dran bin. Die gedopten Sportler waren damals minderjährig. Meist wussten sie nicht, was sie einnahmen – geschweige denn, welche Folgen
die sogenannten „unterstützenden Mittel“ haben konnten. Die SED-Diktatur nutzte den Ehrgeiz junger Menschen für den Medaillenhunger des Staates aus. Entschädigt wurden sie bis heute nur mit Einmalzahlungen –dabei leiden sie

täglich unter den Folgen. Ihre Forschung, lieber Herr Spitzer, hat dazu beigetragen,
dass wir aktuell in Berlin über die Unterstützung der Dopingopfer debattieren. Sie waren dazu auch bei einem Fachgespräch im Bundestag. Ich setze mich dafür ein, dass wir eine dauerhafte Unterstützung schaffen – und es nicht bei einer einmaligen Zahlung belassen.

Das Verbundprojekt hat aber nicht nur beim Zwangsdoping etwas bewegt. Bereits im vergangenen Sommer wurde eine Rechtsverordnung zur leichteren Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden erlassen. Sie baut ganz wesentlich auf Forschungsergebnissen auf. Bisher mussten Betroffene den Zusammenhang zwischen dem Unrecht von damals und ihrer Erkrankung heute oft mühsam nachweisen – nach Jahrzehnten ist das oft kaum möglich. Jetzt gilt eine kriterienbasierte Vermutungsregelung: Ist jemand rehabilitiert und mit einer anerkannten psychischen Erkrankung diagnostiziert, wird der Zusammenhang mit der Repression grundsätzlich vermutet. Das klingt technisch, ist für die Betroffenen aber eine große Erleichterung.

Lieber Burkhard Bley,
wir tauschen uns dazu regelmäßig aus. Denn eine Rechtsverordnung ist das eine – die Umsetzung vor Ort das andere. Es läuft noch nicht überall rund. Wir sprechen darüber, wie die Verordnung möglichst einheitlich angewendet wird, wie die Formulare einfacher werden und wie eine frühere Ablehnung bei einem Neuantrag nicht automatisch wieder zur Ablehnung führt. Die Verordnung sieht ausdrücklich vor, dass sie bei neuen Erkenntnissen angepasst wird. Forschen Sie weiter – vor allem bei den körperlichen Langzeitfolgen gibt es noch Lücken.

Mir ist wichtig: Die Forschung steht nicht isoliert. Sie wirkt in meine politischen Beratungen. Und sie muss im Alltag der Betroffenen ankommen. Das gilt auch für eine traumasensible Pflege. Vor wenigen Wochen habe ich dazu im Bundestag eine Fachkonferenz organisiert. Die Erfahrungen von politischer Repression bekommen eine besondere Bedeutung, wenn Menschen auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind. Da kommen Ängste hoch: wieder fremdbestimmt zu sein, wieder ausgeliefert zu sein, wieder nicht selbst zu entscheiden, wann man was tut.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen,
ich möchte Sie ermuntern, sich mit traumasensibler Pflege zu befassen. Das ist ein Zeichen des Respekts vor Menschen, die politische Verfolgung und andere Formen von Gewalt erlebt haben. Und es hilft konkret im Pflegealltag – im Umgang mit Menschen, die aus Angst heraus manchmal schwierig reagieren. Auf meiner Website finden Sie die Aufzeichnung der Konferenz und weitere Unterlagen.

Ich merke es immer wieder: Wer als Kind oder Jugendlicher in einem Spezialkinderheim oder Jugendwerkhof eingesperrt war, hat teils nie wieder richtig ins Leben zurückgefunden. Viele müssen heute mit wenig Geld auskommen. Seit knapp einem Jahr gibt es endlich einen bundesweiten Härtefallfonds für rehabilitierte Menschen in wirtschaftlicher Not. Wenn Sie jemanden kennen: Bitte werben Sie für den Härtefallfonds, angesiedelt bei der Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte. Mir liegt viel daran, dass möglichst viele davon profitieren.

Meine Damen und Herren,
ich danke Ihnen allen für Ihre Forschung, Ihre Arbeit und Ihr Engagement für die Menschen, die bis heute unter dem SED-Unrecht leiden. Und ich freue mich auf neue Erkenntnisse dieses Fachtags.

Vielen Dank.

Weitere Informationen

Fachtag in Rostock: Forschung zu SED-Unrecht muss im Alltag der Betroffenen ankommen

Fachgespräch zur Pflege traumatisierter Opfer des DDR-Unrechts

Informationen zum bundesweiten Härtefallfonds

← zurück zu: **SED-Opferbeauftragte**

Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages
https://www.bundestag.de/parlament/sed-opferbeauftragte/Rede_Interviews/rede-rostock-1230036
Stand: 04.11.2026